

B

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

AUGUST 2017

„ERSCHRECKENDE BILANZ NACH VIER- EINHALB JAHREN ROT-GRÜN“

Björn Thümler im Interview

**Alles rund um die Selbstaflösung des Landtags
und die Neuwahlen am 15. Oktober**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

betrachten wir die Ereignisse der letzten Tage einmal ganz nüchtern: Der amtierende Ministerpräsident hat 2013 entschieden, sich mit einer Mehrheit von nur einer Stimme ins Amt wählen zu lassen. Diese knappe Mehrheit hat nicht gehalten. Eine Abgeordnete der Grünen wollte den Kurs ihrer Partei und der Regierung nicht mehr mittragen. Damit ist die Regierung handlungsunfähig und sollte zurücktreten. Herr Weil war dazu nicht bereit, also wurde der Landtag aufgelöst und die Landtagswahl auf den 15. Oktober vorgezogen. Jetzt entscheiden die Wählerinnen und Wähler neu über die Zusammensetzung des Landtages, damit das Land eine neue handlungsfähige Regierung bekommt.

SPD und Grüne machen es sich zu leicht, wenn sie die Schuld für ihr Scheitern bei anderen suchen. Ministerpräsident Weil hat einen schmutzigen Wahlkampf angekündigt. Landwirtschaftsminister Meyer hat die Abgeordneten von CDU und FDP als „Menschenfeinde“ bezeichnet – ein erster Beleg für Weils Ankündigung. Solche persönlichen Angriffe sind inakzeptabel. Wir werden diesen Stil nicht übernehmen. Wir suchen den respektvollen Umgang und die Auseinandersetzung in der Sache. Rot-Grün ist am Ende. Die Wähler haben das Wort!

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

CDU-FRAKTIONSCHIEF BJÖRN THÜMLER IM INTERVIEW:

„Die Bilanz nach viereinhalb Jahren Rot-Grün ist erschreckend“

Der 4. August 2017 war ein schwarzer Freitag für die rot-grüne Regierungskoalition: Mit dem Wechsel der Landtagsabgeordneten Elke Twesten von der Grünen- in die CDU-Landtagsfraktion war die ohnehin wackelige Ein-Stimmen-Mehrheit dahin. Schnell machten Gerüchte über angebliche Intrigen die Runde – munter befeuert von SPD und Grünen. Im Interview räumt CDU-Fraktionschef Björn Thümler mit den Spekulationen über „unmoralische Angebote“ auf und erklärt, warum die Regierung Weil schon lange vor Twestens Fraktionswechsel ins Straucheln geraten ist.



Björn Thümler, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

(Foto: dpa)

Herr Thümler, was ist dran an den Gerüchten, die CDU hätte Frau Twesten von den Grünen „weggelockt“?

Absolut nichts. Es hat keinerlei Versprechen oder Angebote an Frau Twesten gegeben. Sie hat auch nichts gefordert. Auch wenn es für die Grünen schwer zu akzeptieren ist, dass jemand ihrer Partei freiwillig den Rücken kehrt, genauso ist es gewesen.

Wann haben Sie zum ersten Mal mit Frau Twesten über einen möglichen Fraktionswechsel gesprochen?

Elke Twesten und ich sind seit vielen Jahren Kollegen. Wir haben stets einen freundlichen Umgang gepflegt. Im Frühsommer dieses Jahres hat sie mir gegenüber erstmals ihre zunehmende Unzufriedenheit über ihre Situation in der Grünen-Landtagsfraktion und den unsäglichen Umgang mit ihr erwähnt. Bei einem weiteren Gespräch Ende Juli hat sie dann erstmals angedeutet, sich ernsthaft mit dem Gedanken an einen Parteiaustritt zu beschäftigen.

Wie ging es dann weiter?

Wir haben vereinbart, dass sie sich bei mir meldet, sollte sie sich tatsächlich entscheiden, die Grünen zu verlassen. Am Abend des 2. August hat sich Frau Twesten erneut bei mir gemeldet und um ein weiteres Gespräch gebeten. Wir haben uns am folgenden Tag in Hannover getroffen und sie hat mir ihren Entschluss mitgeteilt. Ich habe dann alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet.

Können Sie die Empörung nachvollziehen, mit der SPD und Grüne auf die Entscheidung von Frau Twesten reagiert haben?

Ehrlich gesagt nein. Dass ein Abgeordneter die Fraktion wechselt, ist ein völlig normaler, demokratischer Vorgang, den es in der Vergangenheit immer wieder gegeben hat. Natürlich ist der Verlust der Mehrheit so kurz vor dem regulären Ende der Legislatur ein Schock. Allerdings kam der Fraktionswechsel zumindest für die Fraktionspitze der Grünen keineswegs überraschend. Bereits am 1. August hat Frau Twesten nach eigener Aussage die Fraktionsvorsitzende Anja Piel über ihre Entscheidung informiert. Offensichtlich hat Frau Piel den Ernst der Lage nicht erkannt. Das Verhalten der SPD ist mit Blick auf die Lage in Thüringen geradezu heuchlerisch. Dort hat sich Rot-Rot-Grün die Ein-Stimmen-Mehrheit mit einem zur SPD übergelaufenen AfD-Mann gesichert. Daran stört sich bei den Sozialdemokraten aber niemand.

In den sozialen Netzwerken musste die CDU, vor allem aber Elke Twesten selbst einen immensen Shitstorm über sich ergehen lassen. Was halten Sie von diesen Unmutsäußerungen?

Man kann über Elke Twestens Entscheidung unterschiedlicher Auffassung sein. Ich finde, sie hat konsequent und absolut demokratisch gehandelt – einige mögen das anders sehen. Die Art und Weise, in der sie in den letzten Tagen vor allem auf Facebook beschimpft worden ist, ist jedoch unsäglich und verabscheuungswürdig. Fast noch schlimmer als die oftmals unter falschem Namen geäußerten Beleidigungen finde ich allerdings das Niveau der Äußerungen zahlreicher politischer Persönlichkeiten – vor allem von der SPD. Mit ihren verbalen Entgleisungen haben unter anderem die Herren Oppermann, Weil und Tanke die Debatte in den sozialen Netzwerken zusätzlich befeuert.

Sie haben im Landtag gesagt, Rot-Grün sei nicht erst über Frau Twesten gestolpert – was meinen Sie damit?

Letztlich grenzt es an ein Wunder, dass Rot-Grün bis jetzt durchgehalten hat. Zur Erinnerung: Sechs Mal mussten wir in dieser Legislaturperiode vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg klagen, um die Regierung Weil zur Beachtung grundlegender Parlamentsrechte zu bewegen. Es wurden drei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die sich mit Verfehlungen der Landesregierung beschäftigen. Zwei Staatssekretäre mussten bislang ihre Posten räumen. Mehr als 40 Gesetze hängen fünf Monate vor dem regulären Ende der Legislaturperiode in der Warteschleife. Für eine Landesregierung ist das eine erschreckende Bilanz.

Sind Sie froh darüber, dass jetzt schon im Oktober statt erst im Januar gewählt wird?

Die letzten viereinhalb Jahre unter der Regierung Weil waren verlorene Jahre für Niedersachsen. Chaos an den Schulen, schwere Versäumnisse bei der inneren Sicherheit, der Stillestand beim Infrastrukturausbau: Jeder weitere Monat unter Rot-Grün würde zusätzliche Belastungen für das Land bedeuten. Mit dem Antrag auf die Selbstaflösung des Landtags haben wir die Weichen für den längst überfälligen politischen Neuanfang in Niedersachsen gestellt – je früher er kommt, desto besser.

AUS DEM PARLAMENT

WECHSEL ZIEHT NEUWAHL NACH SICH

IN EINER SONDERSITZUNG BRINGT DER

LANDTAG SEINE SELBSTAUFLÖSUNG AUF DEN WEG



Ein derartiges Medieninteresse gibt es sonst nur bei der Wahl des Ministerpräsidenten. Vor Beginn der Sondersitzung kämpfen die Kamera-Teams um die besten Bilder.

Unablässig klicken die Kameras, als eine kleine Gruppe Abgeordneter den Plenarsaal betritt. Fotografen und Kameraleute wenden sich durch die engen Stuhlreihen, bilden schließlich einen Kreis um die Frau, die sich mit ihrem Fraktionsübertritt zur CDU am 4. August schlagartig ins Rampenlicht der niedersächsischen Landespolitik katapultiert hat: Elke Twesten. Ihre Entscheidung, der Grünen-Fraktion den Rücken zu kehren, gipfelte in einem politischen Beben, das es so zwischen Nordsee und Harz seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hatte. Als sie in den Reihen der CDU Platz nimmt, begleitet von ihrem Rotenburger Kreistagskollegen Hans-Heinrich Ehlen, ist endgültig für alle sichtbar: Ministerpräsident Weil hat seine Ein-Stimmen-Mehrheit verloren.

Noch bevor der Präsident die Sondersitzung eröffnet, steht fest, dass der Landtag den Weg für Neuwahlen ebnen wird. Darauf haben sich alle Fraktionen zuvor verständigt. Und doch sind die Abgeordneten nervös. Für sie ist die Selbstauflösung kein selbstverständlicher Akt. Viele von ihnen, die nicht erneut für den Landtag kandidieren, werden das Parlament nun früher verlassen müssen als geplant. Dass die Debatte turbulent werden würde, hatte sich in den sozialen Netzwerken bereits angedeutet. Angeheizt durch führende Sozialdemokraten wie Thomas Oppermann, Hubertus Heil und Martin Schulz, die offen von „Stimmenkauf“ und „Verrat“ gesprochen hatten, schrieben sich Abgeordnete, Parteimitglieder und Sympathisanten der rot-grünen Koalition im Internet den Frust von der Seele. Der Verlust ihrer Mehrheit hat bei der SPD alte Wunden aufgerissen.



Präsident Bernd Busemann eröffnet die Sondersitzung des Landtags.

Sie ist wieder da, die Erinnerung an den historischen Winter des Jahres 1976, als erst Helmut Kasimier und dann Kurt Ravens trotz eigener Landtagsmehrheit gegen Ernst Albrecht den Kürzeren zogen. Der CDU-Oppositionsführer wurde Ministerpräsident, erst 1990 kehrten die Sozialdemokraten mit Gerhard Schröder an die Macht zurück. Die Namen der Abweichler von damals sind nie an die Öffentlichkeit gelangt.

Als CDU-Fraktionschef Björn Thümler 41 Jahre später als erster Redner das Wort ergreift, wird er mehrfach lautstark unterbrochen, spricht minutenlang gegen Zwischenrufe der einstigen Mehrheitsfraktionen an. Landtagspräsident Bernd Busemann stoppt immer wieder die Zeit, bittet darum, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Doch daran halten sich die rot-grünen Abgeordneten nur kurz. Thümler rechnet mit SPD und Grünen ab, messerscharf seziert er die Verfehlungen der Landesregierung: Sechs Verurteilungen wegen Missachtung der Oppositionsrechte, die schlechteste Unterrichtsversorgung seit über 15 Jahren, Krach um die Küstenautobahn und schließlich die Affäre um zugeschanzte PR-Aufträge an alte SPD-Freunde. Für ihn ist Rot-Grün an sich selbst gescheitert – und nicht an Elke Twesten, die anschließend ins Kreuzfeuer ihrer einstigen Kollegen gerät.

Beharrlich inszenieren sich SPD und Grüne als Opfer einer vermeintlichen Intrige. Am Rednerpult des Landtages stricken Anja Piel, Johanne Modder und Ministerpräsident Weil an der Legende, es wären Gelder geflossen und Posten versprochen worden. Belege für die schweren Vorwürfe haben sie keine. Sie werfen Twesten vor, moralisch verwerflich gehandelt zu haben, ausschließlich eigene Interessen zu verfolgen. Immer wieder ist auf SPD-Bänken von Verrat die Rede. Der Parlamentarische Geschäftsführer Jens Nacke stellt sich vor die neue CDU-Abgeordnete und warnt vor immer neuen Zuspitzungen. Bereits in den vergangenen Tagen musste Twesten teils menschenverachtende Äußerungen über sich ergehen lassen, einige Facebook-Nutzer forderten, sie zu „steinigen“ und wünschten ihr gar den Tod im „Konzentrationslager“. Weder SPD noch Grüne distanzieren sich davon.

Nach etwas mehr als zwei Stunden beendet Präsident Busemann die Sondersitzung. Schnell leert sich der Plenarsaal. Frühestens nach elf Tagen Bedenkzeit dürfen die Abgeordneten darüber abstimmen, ob sie den Landtag auflösen. Länger haben sie nicht gebraucht: Erstmals seit 1970 beschließen die Abgeordneten am 21. August das vorzeitige Ende einer Legislaturperiode. Der Wahlkampf in Niedersachsen hat begonnen – und die gescheiterte Koalition ist offenbar gewillt, ihn besonders hart zu führen. Wem sie das Land anvertrauen wollen, entscheiden die Bürger am 15. Oktober.



Letzte Absprachen in der ersten Reihe: Fraktionschef Björn Thümler mit Geschäftsführer Ulrich Dütemeyer.



An der Seite ihres Rotenburger Kreiskollegen Heiner Ehlen erlebt Elke Twesten ihre erste Landtagssitzung in Reihen der CDU-Fraktion. Herzlich willkommen! (Foto: dpa)

LANDTAGSWAHLEN IM OKTOBER

WAS BEDEUTET DAS FÜR NIEDERSACHSEN?

WAS BEDEUTEN DIE NEUEN MEHRHEITSVERHÄLTNISSE FÜR DEN LANDTAG UND DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT?

CDU und FDP haben im Landtag eine Zählgemeinschaft gebildet. Sie verfügen jetzt über eine Stimme Mehrheit. Dennoch bilden beide Fraktionen keine Koalition. Allerdings können CDU und FDP nun entscheiden, was im Landtag noch beraten wird und was nicht. Gleichzeitig kann die bisherige Regierungskoalition aus SPD und Grüne ohne die Zustimmung von CDU und FDP keine Gesetze mehr beschließen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse spiegeln sich auch in den Ausschüssen, im Landtagspräsidium und im Ältestenrat wider. Der Verlust der Ein-Stimmen-Mehrheit schränkt die Gestaltungsmacht und Entscheidungsbefugnis der rot-grünen Landesregierung damit deutlich ein.

CDU UND FDP HABEN NUN DIE MEHRHEIT IM LANDTAG – WARUM REGIEREN DANN IMMER NOCH SPD UND GRÜNE?

Die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Stephan Weil ist solange im Amt, bis ein Nachfolger vom Landtag gewählt wurde. Ein sofortiger Wechsel der Regierung wäre möglich gewesen, wenn der Ministerpräsident zurückgetreten wäre – das hat Herr Weil nicht getan.

WAS BEDEUTET EIGENTLICH DIE SELBSTAUFLÖSUNG DES LANDTAGS? GIBT ES DANN BIS ZUR NEUWAHL KEINE PLENARSITZUNG MEHR?

Der Niedersächsische Landtag hat sich in seiner Sondersitzung am 21. August selbst aufgelöst. Binnen zwei Monaten müssen Neuwahlen stattfinden. Der neue Wahltermin führt aber nicht zu einer parlaments- und regierungslosen Zeit. Landtag und Landesregierung bleiben bis zum Zusammentritt des neuen Landtags handlungsfähig. Deshalb wird der Landtag im September auch noch einmal zu einer regulären Plenarsitzung zusammenkommen und auch die Ausschüsse werden weiter tagen.

WARUM WIRD NICHT AM 24. SEPTEMBER GEWÄHLT? WÄRE DAS NICHT VIEL WENIGER AUFWAND GEWESEN ALS EIN WEITERER WAHLTERMIN AM 15. OKTOBER?

Bei der Durchführung von Wahlen gelten strenge Anforderungen, um die Chancengleichheit für alle Parteien zu gewährleisten. Die Landeswahlleiterin hat sich gegen den 24. September ausgesprochen. Aus ihrer Sicht hätten gerade kleinere Parteien Schwierigkeiten, sich in einem so kurzen Zeitraum zu organisieren. Dazu gehöre auch, genügend Unterstützerunterschriften zu sammeln. Eine Wahl im September hätte aus ihrer Sicht vor Gericht angefochten werden können. Die CDU-Landtagsfraktion hingegen hatte sich für Neuwahlen am 24. September eingesetzt. Eine Landtagswahl parallel zur Bundestagswahl hätte eine deutlich höhere Wahlbeteiligung nach sich gezogen. Da der 15. Oktober rechtlich gesehen als sicherer eingeschätzt wird, hat die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Landeswahlleiterin trotz anfänglicher Bedenken am Ende zugestimmt.

WELCHE GESETZE SOLLEN NOCH BIS ZUR LANDTAGSWAHL BESCHLOSSEN WERDEN?

Die CDU-Landtagsfraktion geht mit ihrer Mehrheit im Landtag verantwortungsvoll um. Sinnvolle Vorhaben und Projekte werden nicht blockiert. Deshalb unterstützt die Fraktion unter anderem das Nachtragshaushaltsgesetz mit den dort vorgesehenen 50 Millionen Euro für die Betroffenen des Sommerhochwassers. Ebenso hat die Fraktion einer gesetzlichen Neuregelung des Verbots der Vollverschleierung im Schulunterricht zugestimmt.

MUSS DIE ROT-GRÜNE REGIERUNG NUN FORDERUNGEN UMSETZEN, DIE DER LANDTAG MIT DER MEHRHEIT VON CDU UND FDP BESCHLOSSEN HAT?

Grundsätzlich ist die Landesregierung dazu verpflichtet, Gesetze umzusetzen, die vom Landtag beschlossen werden. Das gilt auch bei neuen Mehrheitsverhältnissen. In Anbetracht der kurzen Zeit bis zur Wahl ist es CDU und FDP allerdings nicht mehr möglich, gänzlich neue Gesetzesvorhaben durch die Landtagsberatungen zu bringen. Alle Gesetze, die bis zur Wahl nicht beschlossen wurden, fallen dem Prinzip der Diskontinuität anheim: Offene Gesetzesvorhaben verfallen automatisch.

WIE GEHT ES NACH DER WAHL WEITER?

Am 17. Oktober, zwei Tage nach der Wahl, kommen die neu gewählten Abgeordneten in ihren Fraktionen in Hannover zusammen. Fest stehen dann nur die Verteilung der Sitze im Landtag und die Größe der Landtagsfraktionen, aber nicht, wer die Regierung stellt. Spätestens 30 Tage nach der Wahl muss die konstituierende Sitzung des Landtags stattfinden. In Niedersachsen wird voraussichtlich 2022 das nächste Mal gewählt.

WICHTIGE DATEN

20. BIS 21. SEPTEMBER: Reguläre Plenarsitzung

15. OKTOBER: Neuwahlen des Niedersächsischen Landtags

17. OKTOBER: Konstituierung der neuen CDU-Landtagsfraktion

14. NOVEMBER: Spätestmöglicher Termin für die Konstituierung des Landtag

AUS DER FRAKTION

SOMMEREMPfang DER CDU-LANDTAGSFRAKTION



David McAllister, Bernd Busemann, Björn Thümler und Dr. Bernd Althusmann sprechen vor mehr als 700 Gästen im H'ugo's in Hannover.

(Foto: Regine Rabanus)

Das Ende der politischen Sommerpause und der Beginn der Wahlkampfzeit in Niedersachsen: Am 1. August hat die CDU-Landtagsfraktion zu ihrem alljährlichen Sommerempfang ins H'ugo's in Hannover geladen. Mehr als 700 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in entspannter Atmosphäre ausgetauscht, darunter der Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, David McAllister MdEP, Landtagspräsident Bernd Busemann MdL sowie die parlamentarischen Staatssekretäre Maria Flachsbarth MdB und Enak Ferlemann MdB. Unser Fraktionschef Björn Thümler MdL sowie der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Dr. Bernd Althusmann begrüßten insbesondere 20 Polizisten, die beim G-20-Gipfel in Hamburg im Einsatz waren.

Bilder vom Sommerempfang finden Sie auf folgender Website:

<http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/aktuell/bilder-aus-der-landtagsfraktion/sommerempfang-2017/>

HOCHWASSERHILFEN AUFGESTOCKT



Goslar räumt auf: Die Stadt wurde besonders schwer vom Dauerregen im Juli getroffen.

(Foto: Karl-Heinz Bley)

Das Wasser hat sich zurückgezogen, das Ausmaß der Schäden ist größer als angenommen: Nach Kritik der kommunalen Spitzenverbände an der Höhe der von Rot-Grün beschlossenen Hochwasserhilfe hat der Landtag die veranschlagten Mittel verdoppelt. Statt 25 werden nun 50 Millionen Euro in die schwer betroffenen Regionen fließen. Vorausgegangen war dem einstimmigen Beschluss eine entsprechende Forderung des CDU-Spitzenkandidaten, Dr. Bernd Althusmann. Haushaltsexperte Reinhold Hilbers spricht von einer „guten Nachricht für die Betroffenen“: Der neue Finanzrahmen biete auch Reserven für Unwägbarkeiten und für noch nicht genau zu beziffernde Schäden.

Sie sind Geschädigter? Hier erhalten Sie alle Informationen zur Soforthilfe des Landes:

https://www.niedersachsen.de/soforthilfe_nach_hochwasser/soforthilfe-nach-hochwasser-156433.html

TERMINE

1. September – 14:00 bis 17:00 Uhr:
Anhörung der CDU-Fraktion zum
Thema „Digitalisierung“

1. – 3. September:
Tag der Niedersachsen in Wolfsburg

20. – 21. September:
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Anjuli Walter
Marco Zacharias
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>